

Land muss Beamten 200 Millionen Euro nachzahlen

Bundesverfassungsgericht kassiert Sparmaßnahmen früherer Landesregierungen

Die vorübergehende Absenkung der Besoldung von jungen Beamten und Richtern im Land ist verfassungswidrig. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgericht werden Forderungen laut.

Matthias Schiermeyer

Stuttgart (ms). Das Bundesverfassungsgericht hat eine jahrelange Gehaltsabsenkung für junge Beamte in Baden-Württemberg für verfassungswidrig erklärt und dabei die Grenzen solcher Sparmaßnahmen deutlich aufgezeigt. Das Land muss jetzt nach Informationen unserer Zeitung bis zu 200 Millionen Euro nachzahlen.

Beamte seien nicht dazu verpflichtet, „stärker als andere zur Konsolidierung öffentlicher Haushalte beizutragen“, stellte das höchste deutsche Gericht klar. Es erklärte die angegriffene Kürzung der Besoldung für junge Beamte und Richter in Baden-Württemberg für nichtig. Verantwortlich für die Eingriffe war zunächst die schwarz-gelbe Landesregierung, während die ihr folgende grün-rote Koalition die Kürzung noch ausgeweitet hat. Der zweite Senat des Gerichts bemängelte nun, dass damals ein schlüssiges und umfassendes Konzept zur Haushaltskonsolidierung als Voraussetzung für die Belastung der Beamten- und Richterschaft gefehlt hätte (AZ: 2 BvL 2/17).

Die abgesenkte Besoldung in den ersten drei Dienstjahren wurde von der aktuellen grün-schwarzen Koalition Anfang dieses Jahres auf das vorherige Niveau angehoben.

Die Bildungsgewerkschaft GEW geht davon aus, dass mehr als 30 000 Lehrkräfte von den Kürzungen betroffen waren, und erwartet eine rasche Entschädigung. „Das Urteil ist eine Ohrfeige für alle vier Parteien, die in der Vergangenheit in zwei Regierungen auf Kosten junger Lehrkräfte gespart haben“, sagte die Vorsitzende Doro Moritz.

Der Landeschef der Polizeigewerkschaft, Ralf Kusterer, sprach von einer „schallenden Ohrfeige“ für Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), „der in seiner Amtszeit verfassungswidrig in die Bezahlung derjenigen eingegriffen hat, die diesen Staat tragen und für die Bürger ihren Kopf hinhalten“.